

Programmantrag

Landesdelegiertenversammlung am 8. & 9. November 2025 in Bingen

Initiator*innen: Landesdelegiertenversammlung (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2026 - Kapitel 4 -
Rheinland-Pfalz für alle lebenswert gestalten**

Antragstext

1 Rheinland-Pfalz für alle lebenswert gestalten

2 Ein lebenswertes Rheinland-Pfalz ist ein Ort, an dem sich Menschen zuhause
3 fühlen – in Städten wie Mainz oder Trier genauso wie in kleinen Dörfern an der
4 Lahn oder im Hunsrück. Lebenswert gestalten heißt für uns, die Lebensqualität in
5 allen Regionen zu sichern: mit finanziell starken Kommunen, bezahlbarem Wohnraum
6 und einer Stadt- und Dorfentwicklung, die das Zusammenleben stärkt. Kultur,
7 Sport und Ehrenamt geben unserem Land Herz und Charakter. Sie brauchen
8 Wertschätzung und Unterstützung. Demokratie lebt davon, dass alle mitmachen
9 können und sich ernst genommen fühlen, deshalb stärken wir Bürgerbeteiligung und
10 setzen uns klar gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und Extremismus ein.
11 Sicherheit, Justiz und Katastrophenschutz müssen zuverlässig arbeiten, damit die
12 Menschen sich auf ihr Land verlassen können – ob bei Feuerwehreinsätzen, in
13 Gerichtsverfahren, beim Kampf gegen Rechts oder bei der Hochwasserabwehr.
14 Rheinland-Pfalz ist Teil einer Weltgemeinschaft: Wir wollen ein aktiver und
15 verlässlicher Partner in Europa sein, der für Frieden, Klimaschutz und
16 Menschenrechte eintritt. Wir stehen für Völkerrecht und die Einbindung
17 Deutschlands in die freiheitlichen Strukturen Europas und des transatlantischen
18 Raums, um schon jetzt für die bessere Welt von Morgen zu arbeiten.
19 Lebenswert bedeutet für uns: ein Land, das Sicherheit und Geborgenheit gibt,

20 Vielfalt als Stärke begreift und Zukunft für alle möglich macht.

21 **Haushalt**

22 **Für ein RLP das funktioniert – jetzt investieren**

23 Wir GRÜNE haben in den letzten Jahren dank guter Einnahmen den Landeshaushalt
24 grundlegend saniert. Wir haben Schulden abgebaut, Rücklagen aufgebaut und den
25 Haushalt von unnötigen Beteiligungen befreit, ohne dabei Zukunftsinvestitionen
26 zu vernachlässigen. Für ein Land, das funktioniert, müssen wir aber deutlich
27 mehr investieren. Es war richtig, dass wir auf Bundesebene dem Sondervermögen
28 und der Möglichkeit der Neuverschuldung für die Länder zugestimmt haben. Der
29 Rheinland-Pfalz-Plan (RLP-Plan) für Bildung, Klima und Infrastruktur legt fest,
30 wofür die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes ausgegeben werden. Damit
31 sollen Land und Kommunen in eine zukunftsähnliche Infrastruktur investieren und
32 somit das Leben und den Alltag der Menschen in unserem Land schnell, sichtbar
33 und spürbar besser machen.

34 **RLP-Zukunftsfoonds: Investitionen in eine klimaneutrale und
35 innovative Zukunft**

36 Durch die Möglichkeit der Länder, sich neu zu verschulden, sind zusätzlich
37 finanzielle Spielräume entstanden. Diese Chance wollen wir nutzen, um gezielt in
38 die Zukunft unseres Landes zu investieren und unsere Wirtschaft zukunftssicher
39 aufzustellen. Unsere Idee: ein RLP-Zukunftsfoonds. Der Fonds soll insbesondere
40 Unternehmen verlässlich bei dem klimaneutralen Umbau von Wertschöpfungsketten
41 unterstützen – etwa durch zinsvergünstigte Kredite, Bürgschaften oder
42 Tilgungszuschüsse. Wir investieren damit in klimaneutrale Technologien,
43 innovative Produktionsweisen, Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Netze.
44 Darüber hinaus wollen wir flexibel schauen, welche relevanten Investitionen für
45 eine klimaneutrale Zukunft, wie zum Beispiel der Netzausbau durch kommunale
46 Stadtwerke, über kreditfinanzierte Instrumente im Bundes- und Landeshaushalt
47 möglich sein können. So schließen wir Lücken, die das Bundes-Sondervermögen und
48 der RLP-Plan lassen, und geben der Transformation in Rheinland-Pfalz den langen
49 Atem, den sie braucht. Langfristig halten wir an einer grundlegenden Reform der
50 Schuldenbremse fest. Kreditaufnahme soll in dem Maße möglich sein, wie der Staat
51 investiert.

52 **Steuern**

53 **Gerechte Besteuerung für eine starke Gesellschaft**

54 Gerade in finanziell angespannten Zeiten sind alle staatlichen Ebenen auf
55 verlässliche Steuereinnahmen angewiesen. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf
56 Landes- und Bundesebene für ein gerechteres Steuersystem einsetzen. Heute zahlen
57 viele Menschen auf Arbeitseinkommen mehr Steuern als auf hohe Kapitalgewinne.
58 Das ist ungerecht und das wollen wir ändern. Gerade große Vermögen sollten
59 konsequenter zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben herangezogen werden.

60 **Konsequent gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche**

61 Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Geldwäsche sind keine Bagatelldelikte.
62 Sie schaden dem Gemeinwesen und untergraben die Solidarität, auf der unser
63 Sozialstaat beruht. Deshalb unterstützen wir Initiativen des Bundes, der EU oder
64 auf internationaler Ebene, die zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen,
65 Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen austrocknen.

66 **Starke Steuerverwaltung für Rheinland-Pfalz**

67 Steuergerechtigkeit muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-
68 pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet
69 erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Wir wollen die Stellen im Außendienst
70 ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in Rheinland-Pfalz
71 sorgen. Auch im Bereich der Steuerverwaltung ist es besonders wichtig,
72 qualifizierte Fachkräfte auszubilden oder zu gewinnen und vor allem zu halten.
73 Dafür wollen wir die Hochschule der Finanzen attraktiv weiterentwickeln, um so
74 mehr junge Menschen für unsere Finanzverwaltung zu gewinnen.
75

76 Wir wollen die Stellen im Außendienst besonders in der Betriebsprüfung ausbauen,
77 da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in Rheinland-Pfalz sorgen. Wir
78 wollen genügend Kapazitäten erreichen, um bei allen Betrieben wirksam
79 Steuerdelikte und Schwarzarbeit aufzudecken. Auch im Bereich der
80 Steuerverwaltung ist es besonders wichtig, qualifizierte Fachkräfte auszubilden
81 oder zu gewinnen und vor allem zu halten. Dafür wollen wir explizit für den
82 Beruf der Betriebsprüfung werben und die Hochschule der Finanzen attraktiv
83 weiterentwickeln, um so mehr junge Menschen für unsere Finanzverwaltung zu
84 gewinnen.

85 **Neuverteilung der Umsatzsteuer für zentrale 86 Gemeinschaftsaufgaben**

87 Wir wollen das Steuersystem um eine erweiterte Finanzierung über eine
88 „Gemeinschaftsaufgabe“ weiterentwickeln, um Einkünfte zugunsten von Klimaschutz
89 und Klimaanpassung in Kommunen stabiler zu verteilen. Wir setzen uns für eine

90 Reform ein, die die Umsatzsteueranteile so umverteilt, dass die Kommunen in
91 Rheinland-Pfalz langfristig gestärkt werden und verlässlich in Klimaschutz,
92 soziale Infrastruktur und lebenswerte Ortskerne investieren können.

93 **Kommunalfinanzen und -reform**

94 **Kommunen stärken und für die Zukunft aufstellen**

95 Die kommunale Haushaltsskrise ist allgegenwärtig und betrifft Städte, Kreise und
96 Dörfer bundesweit, nicht nur in Rheinland-Pfalz. Eine Lösung erfordert eine
97 gemeinsame Kraftanstrengung aller staatlichen Ebenen: Bund, Land und Kommunen.
98 Besonders die hohen Sozialausgaben belasten die kommunalen Haushalte. Dafür sind
99 weder die Kommunen noch Mainz verantwortlich, sondern Berlin. Wir GRÜNE fordern
100 deshalb strukturelle Lösungen auf Bundesebene: Das Konnexitätsprinzip muss auch
101 für den Bund gelten. Wer Aufgaben vorgibt, muss für die Kosten aufkommen.
102 Besonders dann, wenn sie dynamisch steigen. Ebenso muss der Bund bei der
103 Übernahme der Altschulden endlich aktiver werden, nachdem das Land die Hälfte
104 der kommunalen Kassenkredite bereits übernommen hat.

105 **Kommunen finanziell stärken und bedarfsgerecht ausstatten**

106 Das Land hat mit dem neuen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2023, dem
107 Nachtragshaushalt 2025, dem Entschuldungsprogramm PEK-RP, KIPKI und dem
108 regionalen Zukunftsprogramm RZN unsere Kommunen finanziell gestärkt. 2026 steht
109 die Evaluation des KFA an. Wir GRÜNE werden dabei genau hinschauen, ob der KFA
110 die tatsächlichen Bedarfe der Kommunen abdeckt. Ist dies nicht der Fall,
111 entwickeln wir ihn unter Einbeziehung der Kommunenweiter, damit die Kommunen die
112 finanziellen Spielräume für ihre vielen Aufgaben erhalten. Mit unserer
113 Zustimmung zum Sondervermögen haben wir auf Bundesebene Millioneninvestitionen
114 in die kommunale Infrastruktur ermöglicht. In Rheinland-Pfalz tragen wir dafür
115 Sorge, dass dieses Geld zukunftsorientiert für Klimaschutz und soziale Infrastruktur
116 vor Ort ausgegeben wird. Für eine dauerhafte auskömmliche Finanzierung von
117 Klimaschutzmaßnahmen erheben wir den Klimaschutz zur kommunalen Pflichtaufgabe.

118 **Kommunalstrukturen modernisieren**

119 Damit die Finanzströme aus Bund und Land in unseren Kommunen gezielt eingesetzt
120 werden und nicht in Bürokratie verpuffen, braucht es auch bessere digitale
121 kommunale Strukturen. Rheinland-Pfalz hat die kleinteiligste Kommunalstruktur in
122 Deutschland. Das erschwert digitales und bürgernahes Arbeiten sowie die
123 Fachkräftegewinnung und mindert insgesamt die Effizienz der Verwaltung. Wir
124 GRÜNE wollen die Kommunalreform neu starten. Unser Ziel: eine leistungsfähige,

125 bürgernahe Verwaltung mit guter und einheitlicher, digitaler Ausstattung und
126 genug qualifiziertem Personal. Interkommunale Zusammenarbeit ist ein Schritt in
127 die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Wir brauchen größere
128 Verwaltungseinheiten und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen.
129 Neben der Gebietsstruktur muss auch die Aufgabenverteilung überprüft und
130 modernisiert werden. Aufgaben, die eine besondere fachliche Spezialisierung
131 erfordern, wie etwa Schulaufsicht sollten auf übergeordnete Behörden übertragen
132 werden. Nur so gelingt der Wandel.

133 **Verwaltung als Service für alle**

134 Die öffentliche Verwaltung ist Service- und Schnittstelle zwischen Bürger*innen
135 und Staat. Für uns GRÜNE ist eine funktionierende Verwaltung von zentraler
136 Bedeutung und die zentrale Verfügbarkeit aller staatlichen Dienstleistungen und
137 Angebote auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung eine
138 Selbstverständlichkeit – und das am besten digital. Mitarbeiter*innen und
139 Beamt*innen im Öffentlichen Dienst leisten hierfür tagtäglich einen wertvollen
140 Beitrag. Ihre Arbeit verdient unsere volle Anerkennung und Wertschätzung.

141 **Wohnen**

142 Unser Ziel ist klar: Jeder Mensch soll Zugang zu bezahlbarem und vor allem auch
143 passendem Wohnraum haben, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Dafür setzen
144 wir auf mehr geförderte Wohnungen, eine intelligente Nutzung des vorhandenen
145 Wohnraums, neue, innovative Wohnformen und wirksamen Mieter:innenschutz.

146 **Sozialen Wohnungsbau stärken**

147 Für bezahlbares Wohnen brauchen wir vor allem eine starke soziale
148 Wohnraumförderung. Deshalb wollen wir die Mittel für den geförderten Wohnungsbau
149 erhöhen und dabei Sanierung, Aufstockung und Ausbau gleichberechtigt mit dem
150 Neubau fördern. Sozialer Wohnungsbau soll zuverlässig und dauerhaft bezahlbar
151 erhalten bleiben. Wir setzen auf eine längere Bindungsdauer zu guten
152 Konditionen. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften spielen dabei eine
153 Schlüsselrolle. Wir unterstützen Kommunen bei der Stärkung und Neugründung von
154 Wohnungsbaugesellschaften. Kommunen soll es ermöglicht werden, von Investoren
155 vernachlässigte oder leerstehende Wohnungen aufzukaufen und zu sanieren.
156 Sozialer Wohnraum darf nicht als Spekulationsobjekt missbraucht werden. Wir
157 gleichen die Einkommensgrenzen beim Erwerb von Belegungsrechten für bestehende
158 Wohnungen an die Mietwohnraumförderung an, damit mehr Menschen mit kleinen und
159 mittleren Einkommen bezahlbaren Wohnraum nutzen können. .

160 **Bestehenden Wohnraum besser nutzen**

161 Gleichzeitig müssen wir den vorhandenen Wohnraum effizienter nutzen. Viele
162 Menschen, vor allem ältere Menschen, können sich vorstellen, ihre Wohnfläche zu
163 verkleinern oder zu teilen. Diese Menschen wollen wir mit Bürgschaften und
164 Darlehen des Landes unter die Arme greifen, damit sie ihre Häuser um- oder
165 ausbauen können. So wird schnell und kostengünstig zusätzlicher Wohnraum
166 geschaffen. Wir fördern Kommunen, die ein eigenes Wohnraummanagement aufbauen
167 und Menschen aktiv passenden Wohnraum vermitteln. Wir unterstützen den Aufbau
168 von Leerstandskatastern und befürworten die Einführung von kommunalen
169 Leerstandssteuern: so bleibt kein Wohnraum ungenutzt und Leerstand in Dorfkernen
170 kann wirksam verringert werden. Auch ältere Menschen sollen zur Finanzierung
171 eigenen Wohnraums Bürgschaften des Landes erhalten.

172 **Innovative Wohnformen besser unterstützen**

173 Der demografische Wandel stellt uns auch beim Thema Wohnen vor
174 Herausforderungen. Der barrierefreie Umbau soll auch ohne Pflegegrad gefördert
175 werden, um dem wachsenden Bedarf an barrierefreien Wohnungen gerecht zu
176 werden. Wir fördern inklusive Wohnformen, in denen Menschen mit und ohne
177 Behinderung gleichberechtigt leben. Assistenzleistungen sollen flexibel und
178 personenzentriert dort ansetzen, wo Menschen wohnen wollen – statt an
179 bestehenden Strukturen zu scheitern. Gemeinschaftliche Wohnformen bringen
180 Generationen zusammen und sorgen für lebendige Nachbarschaften. Wir wollen
181 Menschen, die sich für diese Wohnkonzepte entscheiden, stärker unterstützen,
182 etwa beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen. Um zu verhindern, dass Menschen im
183 Alter ihr vertrautes Umfeld verlassen müssen, braucht es gezielte Investitionen
184 in den Umbau bestehender Wohnformen sowie in eine bedarfsgerechte personelle
185 Ausstattung. Wir unterstützen auch innovative Konzepte wie Wohnpartnerschaften
186 zwischen Jung und Alt und "Wohnen für Hilfe". Hier setzen wir uns auf
187 Bundesebene für rechtssichere Regelungen ein. Unser Ziel ist inklusives Wohnen in
188 jedem Alter zu ermöglichen – wohnortnah, selbstbestimmt und würdevoll.

189 **Junges Wohnen in den Fokus nehmen**

190 Gleichzeitig wollen wir an den Hochschulstandorten durch die gezielte Förderung
191 von studentischem Wohnen Druck vom Wohnungsmarkt nehmen. Das Programm "Junges
192 Wohnen" muss deshalb endlich in die Umsetzung. Wir werden die Förderrichtlinien
193 auf Hürden überprüfen, um dafür zu sorgen, dass neue Wohnheimplätze für
194 Studierende und Auszubildende entstehen. An den landeseigenen Hochschulen wollen
195 wir als Land mit gutem Beispiel vorangehen und eigene Wohnheimplätze zur
196 Verfügung stellen.

197 **Mietschutz ausweiten**

198 Mit der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenze haben wir Instrumente zur Hand,
199 um steigenden Mieten etwas entgegenzusetzen. Sie gelten aber derzeit nur in
200 wenigen Städten und Landkreisen. Das wollen wir ändern. Es braucht eine
201 differenziertere Betrachtung der jeweiligen Gegebenheiten vor Ort, zum Beispiel
202 auf Ebene der Verbandsgemeinden. Wir setzen uns für mehr Transparenz und
203 wirksamere Kontrollen ein. So können wir die steigenden Mieten besser erfassen
204 und zielgerichtet bekämpfen. Schlupflöcher beim Schutz vor hohen Mieten z.B.
205 bei möblierten oder befristeten Wohnungen wollen wir konsequent schließen.

206 **Wohnungslosigkeit nachhaltig bekämpfen**

207 Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, verdienen unsere besondere
208 Aufmerksamkeit und Fürsorge. Mit "Housing First" haben wir in der vergangenen
209 Legislatur einen erfolgversprechenden Ansatz in Rheinland-Pfalz etabliert, den
210 wir weiter fortführen und ausbauen wollen. Außerdem wollen wir Anlaufcafés
211 fördern, in denen Wohnungslose Unterstützung, Beratung und einen sicheren
212 Rückzugsort finden.

213 **Stadt- und Dorfentwicklung**

214 **Innenstädte aufwerten**

215 Wir GRÜNE wollen lebendige und lebenswerte Innenstädte mit vielfältigen
216 Wohnformen, einem breiten kulturellen und sozialen Angebot, Maßnahmen der
217 Klimaanpassung, klimafreundlichen Mobilitätsformen und kleinen, inhabergeführten
218 Geschäften und Gastronomieangeboten. Dafür wollen wir die Innenstadtförderung
219 für unsere Kommunen ausweiten, nachhaltige Logistikmodelle unterstützen und
220 Leerstand wieder in Nutzung bringen.

221 **Lebendige Dörfer**

222 Wir GRÜNE machen das Wohnen im Dorf zukunftsweisend. Statt neue Flächen zu
223 verbrauchen, setzen wir auf Sanierung und Umbau im Dorfkern, fördern
224 gemeinschaftliches und Mehrgenerationenwohnen. Mit Dorfbüros, Co-Working und
225 guter digitaler Infrastruktur bringen wir Arbeit und Alltag zusammen. Wir
226 schaffen Orte, an denen man sich trifft: vom Spielplatz über Bänke bis hin zum
227 Dorfladen und -gasthaus. Für uns gehören zur Daseinsvorsorge auch eine
228 verlässliche Kinderbetreuung, gute ärztliche Versorgung, verlässliche
229 Busverbindungen, offene Jugendräume und ausreichende Freizeitangebote.

230 **Klimaanpassung in Innenstädten und Dörfern**

231 Wir starten eine landesweite Entsiegelungsoffensive mit Anreizen für Kommunen,
232 Wettbewerben und Kampagnen für weniger Beton und mehr Grün in unseren Dörfern
233 und Städten. Wir setzen uns im Bund für eine dauerhafte Förderung von
234 Klimaanpassungsmanager:innen ein. Im Land machen wir klimaangepasste
235 Bauleitplanung verbindlich für mehr Begrünung, Wasserrückhalt und Schatten sowie
236 geringere Versiegelung nach dem Prinzip der Schwammstadt. Mit Hilfe von
237 Fernerkundung und künstlicher Intelligenz wollen wir zudem die innerörtliche
238 Versiegelung besser erfassen und steuern. Wer privat entsiegelt und für bessere
239 Versickerung sorgt, soll über kommunale Niederschlagswassersatzungen dafür
240 belohnt werden. Dafür wollen wir passende Möglichkeiten schaffen.

241 **Demokratiepolitik**

242 **Demokratie braucht Rückgrat**

243 Wir stärken unsere Demokratie dort, wo sie gelebt wird. Dafür setzen wir uns auf
244 Bundesebene weiterhin für ein **Demokratiefördergesetz** ein – mit klaren Regeln,
245 dauerhafter Finanzierung und Schutz vor politischer Einflussnahme. Initiativen
246 vor Ort wollen wir unbürokratisch unterstützen, zum Beispiel durch
247 Mikroförderungen oder mobile Demokratieteams.

248 **Politische Bildung ausbauen**

249 Demokratie kann man lernen: Politische Bildung wollen wir GRÜNE deshalb bereits
250 ab der Kita stärken und über alle Altersgruppen hinweg ausbauen. Mit
251 Planspielen, digitalen Angeboten und gezielter Fortbildung für pädagogische
252 Fachkräfte schaffen wir praxisnahe Lernräume für Toleranz und Mitbestimmung.
253 Mitbestimmung, in denen Schüler:innen aktiv mitgestalten und Verantwortung
254 übernehmen. Politische Bildung endet aber nicht mit dem Schulabschluss, sondern
255 muss auch in der Aus-, Weiter- und Erwachsenenbildung angemessen und breit
256 vermittelt werden.

257 Die Landeszentrale für Politische Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle. Wir
258 wollen die Landeszentrale weiter stärken und Kooperationen mit Schulen,
259 Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen ausbauen.

260 **Hass entgegentreten, Engagement schützen**

261 Ob im Netz oder auf der Straße: Wer sich für Demokratie stark macht, verdient

262 unseren besonderen Schutz. Wir GRÜNE stehen fest an der Seite aller Engagierten
263 und schaffen eine zentrale Ansprechstelle der Landesregierung. Wir stellen
264 Leitfäden für Sicherheitskonzepte zur Verfügung und setzen uns dafür ein, dass
265 Auskunftssperren leichter möglich werden.

266 Die Beratungsangebote des Landes wollen wir stärken, insbesondere für Betroffene
267 von rechter Gewalt. Auch die Angebote der Präventions-, Ausstiegs- und
268 Distanzierungsberatungen entwickeln wir kontinuierlich weiter. Erfolgreiche
269 Projekte gegen Hass im Netz wie die Kampagne #ScrollNichtWeg wollen wir
270 fortführen und für neue Zielgruppen erweitern. Im Demokratiezentrum laufen alle
271 diese Stränge zusammen. Diese wichtige Arbeit werden wir weiterhin unterstützen.

272 **Klare Kante gegen Verfassungsfeinde**

273 **Das entschlossene Eintreten gegen Faschismus und für Demokratie ist Teil unserer**
274 **politischen DNA..** Die AfD radikaliert sich immer weiter und ist auch in
275 Rheinland-Pfalz zentraler Bestandteil eines rechtsextremen Netzwerks. Ein
276 Verbotsverfahren muss deshalb endlich auf den Weg gebracht werden. Wir setzen
277 uns außerdem für weitere gesetzliche Maßnahmen ein, um Verfassungsfeinde aus dem
278 Staatsdienst zu entfernen.

279 **Erinnern heißt handeln**

280 Gedenkarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Bildung. Die
281 Erinnerung an die grauenhaften Verbrechen des Nationalsozialismus mahnt uns und
282 ist Auftrag zugleich. Die Förderung für Fahrten zu Gedenkstätten werden wir
283 daher fortführen. Jede*r Schüler*in in Rheinland-Pfalz soll mindestens einmal in
284 seiner Schulzeit eine NS-Gedenkstätte oder ein Konzentrationslager kostenfrei
285 besucht haben. Wir unterstützen Bildungsangebote an Gedenkorten wie Osthofen und
286 Hinzert ebenso wie Projekte zur Aufarbeitung am ehemaligen Westwall. Die
287 Stiftung "Grüner Wall im Westen" wollen wir zu einem Ort politischer Bildung
288 weiterentwickeln – mit mehr Mitteln und mehr Möglichkeiten.

289 Den Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai wollen wir als
290 Gedenktag etablieren. Gleichzeitig wollen wir auch das reiche demokratische Erbe
291 in Rheinland-Pfalz pflegen, zum Beispiel das Hambacher Fest, das sich bald zum
292 200. Mal jährt.

293
294 Erinnerungskultur endet aber nicht beim Nationalsozialismus. Auch koloniale
295 Verbrechen gehören benannt und ihre Folgen sichtbar gemacht. Wir fördern
296 Forschung, Bildung und kulturelle Projekte, die sich kritisch mit der deutschen
297 Kolonialgeschichte auseinandersetzen. Kommunen unterstützen wir dabei, koloniale

298 Spuren vor Ort aufzuarbeiten, Straßen und Denkmäler kritisch zu überprüfen und
299 Orte des Gedenkens und der Solidarität mit den Opfern zu schaffen. Rheinland-
300 Pfalz soll dabei eine aktive Rolle einnehmen und Initiativen zur Dekolonisierung
301 von Erinnerungskultur gezielt fördern.

302 **Ehrenamt**

303 Rheinland-Pfalz lebt vom Engagement der Menschen. Über eine Millionen Rheinland-
304 Pfälzer:innen sind ehrenamtlich aktiv: in der Hilfe für Geflüchtete, in sozialem
305 Engagement, im Sportverein, in der Feuerwehr, beim Katastrophenschutz und beim
306 Naturschutz. Wir GRÜNE machen ihren Einsatz einfacher, sichtbarer und sicherer.

307 **Mehr Entlastung durch digitale Lösungen**

308 Digitale Tools helfen bei der Verwaltung, Mitgliederorganisation oder
309 Veranstaltungsplanung. Wir wollen Vereine bei der Bereitstellung der notwendigen
310 Software unterstützen. Damit bleibt den Ehrenamtlichen mehr Zeit für das
311 Wesentliche: ihr Engagement. Für das Ehrenamt sollen bürokratische Hürden
312 gesenkt werden. Die einfachen Verwendungsnachweise wollen wir beibehalten.

313 **Ehrenamtskarte ausweiten**

314 Die Ehrenamtskarte ist ein Zeichen der Anerkennung für den vielfältigen Einsatz
315 der zahlreichen Engagierten in Rheinland-Pfalz. Wir wollen die Ehrenamtskarte
316 zugänglicher, digitaler und bekannter machen und neue Partner:innen für
317 Vergünstigungen gewinnen.

318 **Ansprechstelle für Engagierte**

319 Wir stehen an der Seite derjenigen, die Haltung zeigen. Wer sich gegen Hass,
320 Hetze oder Diskriminierung engagiert, verdient unseren besonderen Schutz und
321 unsere Rückendeckung. Wir schaffen eine Ansprechstelle für Ehrenamtliche, die
322 aufgrund ihres Engagements angefeindet und bedroht werden.

323 **Beteiligung und Petitionen**

324 Wir stehen für eine starke, lebendige Demokratie ein. Für uns ist deshalb klar:
325 Wer dauerhaft hier lebt, soll auch mitbestimmen dürfen. Wir wollen, dass auch
326 Menschen ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft, die schon lange in Rheinland-
327 Pfalz leben, bei Kommunal- und Landtagswahlen wählen dürfen.

328 **Demokratie lebt vom Mitmachen**

329 Bürgerbeteiligung ist mehr als Symbolik: Wir wollen für komplexe Reformprozesse
330 beratende Begleitkreise mit ausgelosten Bürger:innen schaffen. Solche Formate
331 machen politische Entscheidungen nachvollziehbarer und stärken das Vertrauen.

332 Damit sich mehr Menschen einbringen können, wollen wir die Hürden für
333 Volksbegehren und Volksentscheide senken. Als weiteres niedrigschwelliges
334 Angebot schaffen wir ein landeseigenes Beteiligungsportal, wie es andere Länder
335 vormachen: einfach, transparent und digital. Wir setzen uns auch für
336 Transparenz, Teilhabe und Verteidigung der Beteiligungsrechte von Bürgerinnen
337 und Bürgern und der zivilgesellschaftlichen Organisationsformen als wichtige
338 Formen der demokratischen Teilhabe ein

339 **Petitionen ernst nehmen**

340 Petitionen sind ein wichtiges Sprachrohr der Zivilgesellschaft. Wir setzen uns
341 dafür ein, dass Petent:innen einen Rechtsanspruch auf ein Rederecht im
342 Petitionsausschuss bei Erreichen von 1.000 Mitzeichnungen erhalten. Relevante
343 Petitionen sollen außerdem öffentlich beraten werden.

344 **Innenpolitik**

345 **Unsere Innenpolitik: Freiheit schützen, Sicherheit stärken**

346 Unsere freie Gesellschaft steht unter Druck – durch Extremismus, Desinformation
347 und innere Spaltung. Wir GRÜNE begegnen diesen Herausforderungen mit klarer
348 Haltung: Wir verteidigen die Freiheit. Wir modernisieren die
349 Sicherheitsarchitektur. Und wir stellen uns entschieden gegen jede Form von
350 Gewalt und Hass mit einer Innenpolitik, die auf Demokratie und Menschlichkeit
351 setzt. Polizei, Kommunaler Vollzugsdienst, Feuerwehr und Rettungsdienst leisten
352 täglich unverzichtbare Arbeit. Wir würdigen diese Arbeit, indem wir moderne
353 Arbeitsbedingungen schaffen, die gute Ausstattung erhalten und verbessern und
354 für moderne Befugnisse sorgen. Wir setzen uns dafür ein, die Polizei mit
355 moderner, in Europa entwickelter Software auszustatten. Sicherheit entsteht aber
356 nicht nur durch Einsatzkräfte, sondern auch durch eine kluge Stadtplanung: Wir
357 setzen uns für öffentliche Räume ein, die Sicherheit, Aufenthaltsqualität und
358 gesellschaftlichen Zusammenhalt gleichermaßen fördern

359 **Die Polizei der Zukunft: gut ausgestattet, bürger:innen-nah
360 und vielfältig**

361 Wir wollen langfristig mehr und gut ausgebildete Polizist:innen im Land.
362 Gleichzeitig entlasten wir den Wechselschichtdienst, entwickeln Perspektiven für
363 pensionierte Beamte:innen und stärken den Bezirksdienst als Gesicht einer
364 bürger:innen-nahen Polizei vor Ort. **Wir setzen uns dafür ein, die Vorschriften**
365 **zum äußeren Erscheinungsbild zu novellieren und an die gesellschaftlichen**
366 **Realitäten anzupassen.** Die geschaffenen Integrationsbeauftragten bei der Polizei
367 wollen wir weiter dabei unterstützen, noch mehr Menschen mit Migrationsgeschichte
368 in den Polizeidienst zu holen. Und wir stärken die Stelle der Queerbeauftragten
369 um sicherzustellen, dass Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und
370 Geschlechtsidentität aktiv bekämpft und die Präventionsarbeit weiter ausgebaut
371 werden. **Wir setzen uns für demokratische Bildung in der Ausbildung und im**
372 **täglichen Dienst ein, um die Demokratiefestigkeit unserer Polizei zu erhalten**
373 **und zu stärken.** Der Frauenanteil im Polizeivollzugsdienst wächst kontinuierlich
374 – diesen Weg gehen wir weiter. Mit gezielter Förderung stärken wir Frauen auf
375 ihrem Weg in Führungspositionen. Gleichzeitig schaffen wir familienfreundliche
376 Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen – für
377 Frauen und Männer gleichermaßen. Um bei psychischer Belastung im Arbeitsalltag
378 zu unterstützen, wollen wir eine proaktive und regelmäßige Supervision durch die
379 von uns eingeführte psychotherapeutische Fachkraft in der Polizei. Wir setzen
380 auf eine offene Fehlerkultur und wollen die Rechtsgrundlage der
381 Polizeibeauftragten modernisieren. Für gute Arbeitsbedingungen wollen wir zudem
382 einen Gesamtplan für die Gebäudesanierung, eine Stärkung der Liegenschaften und
383 energetische Sanierungen. Hierfür werden wir ausreichend Mittel und Personal für
384 alle Bereiche der Polizei, auch beim nicht-polizeilichen Personal,
385 bereitstellen.

386 **Präventionsarbeit und Digitalisierung für eine moderne**
387 **Polizeiarbeit vorantreiben**

388 Wir richten unseren Fokus auf Prävention. Deshalb unterstützen wir die kommunalen
389 Präventionsgremien, wollen die Sicherheitsforschung an der Hochschule der
390 Polizei weiter vorantreiben und einen Periodischen Sicherheitsbericht samt
391 Dunkelfeldforschung einführen. Politische Bildung, Deeskalationsstrategien und
392 interkulturelle Kompetenzen gehören fest zur Aus- und Fortbildung der Polizei.
393 Wir bauen die Onlinewache zur bundesweit ersten Online-Polizeiinspektion mit
394 Rund-um-die-Uhr-Vollservice aus, wie in einer analogen Wache. So bringen wir
395 auch das mobile Arbeiten in der Polizei entschlossen voran und modernisieren die
396 Kommunikation mit den Bürger:innen. Wir erhöhen die Transparenz: Wer
397 kontrolliert wird, erhält eine Kontrollquittung.

398 **Zur Sicherheit aller Beteiligten sollen Bodycams bei Polizeieinsätzen**
399 **standardmäßig aktiviert werden.** Unnütze Befugnisse – wie die Onlinedurchsuchung
400 oder die Gewalttäter-Sport-Datei – streichen oder überarbeiten wir grundlegend.

401 Mit der elektronischen Fußfessel, die wir eingeführt haben, setzen wir klare
402 Grenzen gegenüber gewalttätigen Personen. Dass spanische Modell machen wir dabei
403 zum Standard im Kampf gegen Femizide. Der Einsatz Künstlicher Intelligenz kann
404 die Polizeiarbeit verbessern – davor und danach muss aber der Mensch stehen.

405 Wir setzen uns weiterhin für die Evaluierung von bestehenden Einsatzmitteln ein.

406 **Mit mehr Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden**
407 **aktuellen Herausforderungen entschieden begegnen**

408 Wir bekämpfen Organisierte Kriminalität mit klarer Strategie und intensivieren
409 dafür die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Polizei und
410 Betreiber:innen schützen wir physische und digitale kritische Infrastrukturen
411 und stärken die Cybersicherheit und sensibilisieren verantwortliche Stellen. Wir
412 etablieren ein leistungsfähiges System zur Detektion, Verifikation und
413 Intervention unbemannter Luftfahrtssystemen (Drohnen) durch spezialisierte
414 Kompetenzzentren, moderne Systeme und qualifiziertes Personal. Mit klaren
415 Rechtsgrundlagen und abgestuften Interventionskonzepten gewährleisten wir in
416 Abstimmung mit anderen BOS einen effektiven Schutz vor hybriden und sonstigen
417 Bedrohungen. Die Umwelt und damit auch die Gesundheit von Menschen wollen wir
418 durch eine verstärkte Bekämpfung von Umweltkriminalität noch besser schützen.
419 Der Kommunale Vollzugsdienst (KVD) bleibt weiterhin stark an der Seite der
420 Polizei. Seine Ausbildung und die Zusammenarbeit wollen wir stärken. Für eine
421 klare Unterscheidung von KVD und Polizei hinsichtlich der Trägerschaft des
422 staatlichen Gewaltmonopols lehnen wir den Einsatz von Tasern beim KVD ab. Der
423 Verfassungsschutz ist als Frühwarnsystem fundamental wichtig für die Bekämpfung
424 von extremistischen Bestrebungen. Wir wollen seine Arbeitsfähigkeit unter klarer
425 demokratischer Kontrolle stärken. Dafür fördern wir die Zusammenarbeit mit
426 Wissenschaft und Partnerbehörden auf Bundes- und internationaler Ebene und
427 ermöglichen zugleich den bundesweiten Austausch zwischen den Mitgliedern der
428 Parlamentarischen Kontrollgremien.

429 **Justiz**

430 **Arbeitsbedingungen in der Justiz attraktiver und digitaler**
431 **gestalten, Personal aufstocken**

432 Wir setzen den Personalaufwuchs in der Justiz konsequent fort. Wir sorgen für
433 sichere, gut ausgestattete Arbeitsplätze in Gerichten und Staatsanwaltschaften.
434 Digitale Prozesse – intern wie extern – machen wir zum Standard in der Justiz.
435 Auch wollen wir unsere Staatsanwaltschaften bei der Bekämpfung von Cybercrime
436 gut ausstatten. Wir wollen aktiv Nachwuchs für alle Bereiche der Justiz gewinnen

437 und moderne Fortbildungsangebote sowie Programme zum Quereinstieg etablieren.
438 Wir stehen für einen diskriminierungsfreien Zugang zu allen Berufsfeldern im
439 Rechtswesen – Vielfalt macht unsere Justiz stärker. Die Beschäftigten, die im
440 Strafvollzug arbeiten, wollen wir stärker schützen. Wir prüfen die
441 Sicherheitsvorkehrungen bei Aus- oder Vorführungen mit dem Ziel, sie zu
442 verbessern, setzen auf eine gute Aus- und Fortbildung und wollen die Zulagen
443 prüfen.

444 **Moderner Strafvollzug gewährleisten und Resozialisierung
445 stärken**

446 Wir setzen auf moderne Kommunikationstechnologien, um illegale Gegenstände aus
447 den Haftanstalten fernzuhalten und Arbeitsprozesse zu entlasten. Gleichzeitig
448 stärken wir die Strukturen im Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen – für
449 mehr Sicherheit und Menschlichkeit im Vollzug. Mit einem Sanierungsprogramm
450 machen wir Justizgebäude zukunftsfähig und sorgen für bessere Haftbedingungen –
451 auch im Sommer. Um Menschen nach der Haft eine echte Perspektive zu geben,
452 wollen wir den offenen Vollzug ausbauen und so ermöglichen, dass
453 Ersatzfreiheitsstrafen dort vollzogen werden. Durch Bildung, soziale Trainings,
454 Therapieangebote und Unterstützung bei der Wohnungssuche helfen wir, Rückfälle
455 zu vermeiden und die Rückkehr in die Gesellschaft (Resozialisierung) zu
456 ermöglichen. Dafür stärken wir auch das Übergangsmanagement und die
457 Bewährungshilfe. Bei Jugendkriminalität setzen wir auf pädagogische Ansätze und
458 Prävention. Die Häuser des Jugendrechts wollen wir ausbauen – als Orte, an denen
459 Justiz, Jugendhilfe und Polizei Hand in Hand arbeiten.

460 Die Unabhängigkeit der Justiz hat Verfassungsrang. Deshalb schaffen wir das
461 Weisungsrecht des Justizministeriums gegenüber den Staatsanwaltschaften ab.
462 Dort, wo eine Spezialisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften Sinn ergibt,
463 unterstützen wir sie, **beispielsweise durch die Einführung einer
464 Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Umweltkriminalität**. Gleichzeitig schützen
465 wir den Schöffendienst vor demokratiefeindlicher Einflussnahme – denn jede
466 Funktion in der Justiz erfordert ein klares Bekenntnis zum Rechtsstaat.

467 **Katastrophenschutz**

468 **Brand- und Katastrophenschutz zukunftsfähig machen**

469 Durch die Reform des Brand- und Katastrophenschutzes haben wir einen wichtigen
470 Schritt zur besseren Vorbereitung von Rheinland-Pfalz auf Krisen und
471 Katastrophen gemacht. Wir wollen sowohl das Ehrenamt als auch die kommunalen
472 Strukturen weiter stärken und die Alarm- und Einsatzpläne den aktuellen

473 Herausforderungen laufend anpassen. Dabei werden wir die Nachwuchsförderung
474 vorantreiben und für eine gute Aus- und Fortbildung sorgen. Wir
475 werden landeseinheitliche Standards für Ausstattung und Alarmierung fördern und
476 den Aufbau von Einheiten für den überörtlichen Einsatz in allen Landkreisen und
477 Städten unterstützen. **Wi Indem wir den Betrieb der Leitstellen mit einem eigenen**
478 **Leitstellengesetz regeln und das Rettungsdienstgesetz für kommunale**
479 **Trägerschaften öffnen, werden wir die Notfallversorgung in Stadt und Land**
480 **zukunftsfähig aufstellen.**

481 **Resiliente Gesellschaft und Schutz kritischer Infrastruktur**

482 Unser Zielbild ist eine resiliente Gesellschaft. Wir unterstützen Maßnahmen für
483 einen modernen Bevölkerungsschutz und setzen uns auf Bundes-, Landes- und
484 kommunaler Ebene für eine stärkere Verzahnung und Zusammenarbeit von Zivil- und
485 Katastrophenschutz ein. Technologien wie mobile Notfall-Mobilfunknetze und
486 Drohnen wollen wir verstärkt fördern. Beim Schutz kritischer Infrastrukturen
487 (KRITIS) setzen wir auf ein integriertes Risiko- und Krisenmanagement mit
488 staatlichen und kommunalen Akteuren sowie Betreiber:innen von KRITIS. Dabei
489 definieren wir Mindeststandards für die Versorgung der Bevölkerung mit
490 notwendigen und lebenswichtigen Gütern und Leistungen der Daseinsvorsorge. **Bei**
491 **Ressourcenknappheit müssen für den Krisenfall Verteilungsmodalitäten festgelegt**
492 **werden, die Konflikten vorbeugen.**

493 **Wissen, Vorbereitung und Vernetzung stärken**

494 Wir wollen Handlungswissen frühzeitig vermitteln und regelmäßig auffrischen,
495 damit im Ernstfall alle wissen, was zu tun ist. Wir werden die
496 Entscheidungsträger:innen in den Kommunen auf ihre Rolle in Krisensituationen
497 vorbereiten und die Risikoanalyse und Vorsorge durch hauptamtliche Kräfte und
498 Verwaltung unterstützen. Wir fördern Vernetzung und Austausch von Behörden,
499 Hilfsorganisationen und privaten Akteur:innen. Auch die Vorgaben für die
500 Ausstattung unserer Feuerwehren und Hilfsorganisationen werden wir laufend an
501 die tatsächlichen Aufgaben und Erfahrungen anpassen.

502 **Selbsthilfe, Prävention und Engagement fördern**

503 Wir werden die Selbsthilfe und Vorsorge der Bevölkerung auf allen Ebenen
504 fördern. **Für Schadens- und Katastrophenfälle werden wir einen Virtual-**
505 **Operations-Support etablieren, der neben der Informationssammlung und -**
506 **aufbereitung in den sozialen Medien bei einer barrierefreien, mehrsprachigen**
507 **Krisenkommunikation auf verschiedenen Kanälen professionell unterstützt und der**
508 **Verbreitung von Fehlinformationen entgegenwirkt.** Durch praxisnahe

509 Unterrichtsbeispiele und gemeinsame Übungen im Unterricht mit Feuerwehren und
510 Hilfsorganisationen können Schüler:innen wichtige Multiplikator:innen für Brand-
511 , Katastrophen- sowie Zivilschutz in ihren Städten und Kommunen werden.

512 **Ehrenamt stärken und hauptamtlich entlasten**

513 Wir wollen Anreize für ehrenamtliches Engagement schaffen und das Ehrenamt durch
514 ein stärkeres Hauptamt entlasten. Wir wollen Jugendarbeit, Frauen, Menschen mit
515 Migrationshintergrund, Quereinsteiger:innen und Inklusion in unseren
516 Feuerwehrwehren und Hilfsorganisationen fördern. Dezentrale und digitale
517 Angebote in der Aus- und Weiterbildung wollen wir stärken und machen uns für
518 eine bessere psychosoziale Unterstützung nach Einsätzen stark.

519 **Kultur**

520 **Kultur gehört zum Leben – überall in Rheinland-Pfalz**

521 Kultur braucht Planungssicherheit. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode
522 mit dem ersten GRÜNEN Kulturministerium des Landes den Kulturetat um fast 25
523 Prozent erhöht. Damit haben wir ein klares Zeichen für eine feste
524 gesellschaftliche Verankerung von Kultur und für die Stärkung der
525 Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz gesetzt.

526 Wir wollen Kultur verlässlich fördern. Deshalb setzen wir uns für ein
527 Kulturgesetz mit einem konkreten Kulturförderplan für jede Wahlperiode ein. Den
528 Förderrahmen wollen wir klarer und einfacher gestalten. Dafür streben wir eine
529 Reform des Zuwendungsrechts und der Kulturförderrichtlinie an. Förderanträge
530 sollen digital, verständlich und unbürokratisch gestellt werden können, damit
531 mehr Zeit für die kreative Arbeit bleibt.

532 Die Konzeptionsförderung für die Freie Szene sichern wir langfristig ab und
533 prüfen weitere mehrjährige Förderungen. Wir wollen die Kulturstiftung und den
534 Kultursommer RLP als Impulsgeber für innovative Kunst und Kultur stärker
535 profilieren. Wir prüfen die Idee von regionalen Kulturförderfonds und den Aufbau
536 von „Kulturknoten“, damit Kultur vor Ort stark bleibt.
537 Wir sichern die Finanzierung der großen Theater, Orchester, Museen im Land.

538 Für junge Menschen wollen wir einen RLP-Kulturpass einführen und damit die
539 kulturelle Teilhabe ermöglichen.

540 **Faire Bezahlung für Kunst und Kultur**

541 Wer in Kunst und Kultur arbeitet, muss davon leben können. Deshalb wollen wir
542 Mindesthonorare bei Landesförderungen weiter ausbauen. Stipendien, Residenzen
543 und Preise helfen beim Leben und Arbeiten. Um die gestiegenen Kosten im
544 Kulturbetrieb aufzufangen, wollen wir den Kulturetat anheben. Auf Bundesebene
545 setzen wir uns für eine bessere soziale Absicherung von Künstler:innen ein.

546 **Ehrenamt braucht Hauptamt**

547 Vielerorts halten Ehrenamtliche mit viel Herzblut die Kultur am Leben. Dafür
548 wollen wir das Programm „Zukunft durch Kultur“ weiter ausbauen. So unterstützen
549 wir hauptamtliche Kräfte und Ehrenamtliche dort, wo es nötig ist. Fachverbände
550 begleiten wir dabei, Programme für den Generationenwechsel und gesellschaftliche
551 Transformation zu gestalten.

552 **Kulturelle Bildung für alle**

553 eder junge Mensch soll unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Sprache mit Kunst
554 und Kultur in Kontakt kommen – in der Kita, in der Schule und danach. Kulturelle
555 Bildung soll fester Teil im schulischen Ganztag werden. Gemeinsam mit den
556 Trägern wollen wir Bibliotheken Musikschulen, junge Kunstschen, Theater und
557 Museen als niedrigschwellige, generationenübergreifende Orte der Begegnung, des
558 Lernens und der sozialen Teilhabe stärker fördern. Wir fördern Kooperationen von
559 Kulturinstitutionen und Kulturschaffenden mit Schulen und Kitas. Programme wie
560 „Jedem Kind seine Kunst“, Kulturwandertage und kommunale Jugendkulturangebote
561 wollen wir fördern, denn sie machen junge Menschen neugierig auf Theater,
562 Literatur, Film oder Musik. Wir wollen ein Förderprogramm für Kulturbusse
563 einführen, damit Schulen wieder mehr Fahrten zu Kultureinrichtungen unternehmen.

564 **Kultur braucht Raum – Infrastruktur stärken**

565 Ob Konzert, Kino oder Lesung: Kultur braucht Orte - in Stadt und Land. Mit einem
566 Programm „Dritte Orte“ ermöglichen wir neue oder erweiterte Räume für Begegnung
567 und Kultur, zum Beispiel in Bibliotheken, Museen oder auch in leerstehenden
568 Immobilien. Wir setzen uns für ein Produktionshaus für die Freie Szene in RLP
569 ein. Kultur muss erreichbar sein. Wir setzen uns für Kulturbusse auch für
570 Erwachsene ein.

571 Kulturanbieter werden wir bei Maßnahmen zur Digitalisierung, zum Klimaschutz
572 oder zur Barrierefreiheit unterstützen. **Bei der öffentlichen Kulturförderung**
573 **sollen Barrierefreiheit und Inklusion Hand in Hand gehen. Kleinkunstformate u.**
574 **ä. können hiervon ausgenommen werden, wenn sie aufgrund ihrer Struktur oder**
575 **begrenzten Ressourcen diese Anforderungen nicht vollständig erfüllen**
576 **können.** Gemeinsam mit der Energie- und Klimaschutzagentur wollen wir ein „Grünes

577 Kultursiegel“ als Zertifikat für nachhaltig operierende Kultureinrichtungen
578 entwickeln. Wir wollen historische Kulturstätten erhalten und die Anpassung an
579 aktuelle Standards unterstützen.

580 **Lebendige Clubkultur erhalten - sicher feiern**

581 Clubs und Diskotheken sind wertvolle Bestandteile urbaner Kultur. Wir erkennen
582 sie als Kulturstätten an und setzen uns dafür ein, sie dauerhaft in die
583 kommunale Stadtplanung und -entwicklung einzubinden.

584 Wir wollen Nachtkultur als Teil des öffentlichen Lebens stärken: durch die
585 Förderung von Koordinierungsstellen für das Nachtleben und Maßnahmen zum
586 besseren Lärmschutz sowie die Unterstützung nachhaltiger Clubkonzepte und
587 kreativer Zwischennutzungen. Über gezielte Initiativen wollen wir bestehende
588 Standorte sichern und Strategien gegen das Clubsterben entwickeln.

589 Sicher feiern heißt: frei feiern. Wir wollen Konzepte gegen sexualisierte Gewalt
590 im Kulturbetrieb stärken und Awareness-Strukturen im Nachtleben und auf
591 öffentlichen Veranstaltungen fördern.

592 **Vielfalt willkommen heißen – Zugänge ermöglichen**

593 Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus dürfen auch in Kunst und Kultur
594 keinen Platz haben. Wir fördern daher Projekte, die den interkulturellen Dialog
595 und die kulturelle Selbstbestimmung unterstützen und auch einen Blick auf bisher
596 unterrepräsentierte Perspektiven ermöglichen. Für Menschen mit wenig Einkommen,
597 vor allem für Kinder und Jugendliche, setzen wir uns für günstige oder
598 kostenlose Nutzung von Kulturangeboten ein.

599 Zu den niedrigschwlligen Kulturangeboten zählt auch das Kino: Im Rahmen der
600 Medienförderung RLP soll eine Filmfestival-Förderung etabliert werden.

601 **Kulturelles Erbe**

602 Rheinland-Pfalz verfügt über ein reiches historisches und kulturelles Erbe. Wir
603 wollen die Aufmerksamkeit für die SchUM-Stätten in Speyer, Worms und Mainz, die
604 nun UNESCO-Welterbe sind, erhöhen und die Vermittlungsarbeit dazu stärken und
605 auch für das Hambacher Schloss als Wiege unserer Demokratie.

606 Zum Umgang mit dem kulturellen Erbe gehört auch die Untersuchung von Sammlungen
607 auf mögliche Objekte, deren Herkunft im Zusammenhang mit NS-Raubgut oder

608 kolonialen Kontexten stehen könnte. Wir wollen eine Beratungsstelle für
609 Herkunftsforschung einrichten, die die Museen im Land bei dieser wichtigen
610 Aufgabe unterstützt.

611

612 **Unsere Archive stärken wir zudem als moderne Orte der Demokratie und**
613 **Erinnerungskultur im Land und setzen uns für die praktische Umsetzung des**
614 **Landesarchivgesetzes insbesondere im ländlichen Raum ein.**

615 **Kultur sichtbar machen**

616 Kultur in Rheinland-Pfalz ist vielfältig und wir wollen sie noch sichtbarer
617 machen. Wir wollen das Profil unserer Kulturlandschaft durch eine bessere
618 Vernetzung mit dem Tourismus und einer gezielten Marketingstrategie stärken.
619 Zusätzliche Kulturberater:innen-Stellen sollen die Aktiven vor Ort unterstützen
620 und regionale Kulturmanager:innen sollen helfen, örtliche Kulturprofile zu
621 entwickeln.

622 Wir GRÜNE wollen, dass Rheinland-Pfalz Schauplatz einer europäischen
623 Kulturhauptstadt wird – als starkes Zeichen für die lebendige und vielfältige
624 Kultur in unserem Land.

625 Darüber hinaus wollen wir verstärkt Kooperationen zwischen Kultur-Initiativen
626 und -Einrichtung nach und aus Rheinland-Pfalz in europäische Staaten fördern.

627 **Sport**

628 **Unsere Sportstätten zukunftsfest machen**

629 Wir machen Freizeit- und Sportangebote für alle Menschen zugänglich. Die
630 kommunalen und vereinseigenen Sportstätten machen wir fit für die Zukunft und
631 gestalten sie energieeffizient, nachhaltig und barrierefrei. Wir setzen uns für
632 deren Erhalt und den bedarfsoorientierten Ausbau im Land ein. Insbesondere
633 Sportstätten mit überregionaler Bedeutung sollen zukünftig vom Land gefördert
634 werden.

635 Das gilt vor allem für unsere Schwimmbäder. Jedes Kind in Rheinland-Pfalz soll
636 nach der Grundschule schwimmen können. Dafür brauchen wir neben ausreichend
637 Schwimmlehrer:innen auch eine gute Bäderinfrastruktur. Unsere bestehenden
638 Schwimmbäder wollen wir daher mit einem Sonderförderprogramm erhalten und
639 sanieren. Wir unterstützen auch serielle Lösungen für neue Schwimmbäder, um
640 flächendeckend ausreichend Wasserfläche zu schaffen.

641 **Vereinsarbeit als Rückgrat des Sports stärken**

642 Unzählige Rheinland-Pfälzer:innen engagieren sich in unseren Sportvereinen im
643 Land. Ehrenamt wollen wir dabei unterstützen, sich resilenter und zukunftssicher
644 aufzustellen. Die Wertschätzung für diese wichtige Arbeit soll sich auch
645 finanziell widerspiegeln. Wir wollen deshalb Zuschüsse für Übungsleiter:innen
646 spürbar anheben. Kooperationen zwischen Sportvereinen und Ganztagschulen wollen
647 wir weiter ausbauen, denn von diesen Modellen profitieren beide Seiten
648 nachhaltig.

649 **Vielfalt und Inklusion im Sport leben**

650 Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt wollen wir auch im Sport umsetzen und
651 Projekte zur Gewaltprävention verstetigen. Wir unterstützen die Verbände und
652 Vereine weiterhin bei Projekten für Integration und Antidiskriminierung. Um
653 Inklusion auch im Sport weiter voranzutreiben, wollen wir die Förderung der
654 Special Olympics Rheinland-Pfalz und der Inklusionslots:innen mit Ausrichtung
655 auf die regulären Sportangebote fortsetzen. **Wir unterstützen Kommunen bei der
656 Einrichtung öffentlich zugänglicher, kostenfreier Bewegungsangebote.**

657 **Koordination stärken**

658 Sportpolitik ist mehr als die Summe vieler Einzelmaßnahmen. Daher stehen wir für
659 eine verlässliche Unterstützung des organisierten Sports. Wir GRÜNE wollen eine
660 zentrale Ansprechstelle in der Landesregierung schaffen, die alle Maßnahmen des
661 Sports gebündelt koordiniert und gemeinsam mit dem organisierten Sport
662 strategisch weiterentwickelt.

663 **Lebendige Fankultur erhalten**

664 Sport lebt auch von der Leidenschaft seiner Fans. Wir GRÜNE stehen für eine
665 lebendige Fankultur, die auf Teilhabe, Respekt und Dialog setzt. Deshalb wollen
666 wir die Fanprojekte in Rheinland-Pfalz weiterhin unterstützen. Wir sehen das
667 Erfordernis von Zeugnisverweigerungsrechten in besonderen Bereichen der sozialen
668 Arbeit, z.B. Fanprojekten und setzen uns auf Bundesebene dafür ein.

669 **E-Sport**

670 E-Sport ist ein wichtiger Bestandteil digitaler Jugendkultur, gesellschaftlicher
671 Teilhabe und Innovationskraft. Wir wollen einen modernen, inklusiven,
672 klimaneutralen und zukunftsgerichteten Ansatz im E-Sport vorantreiben **und E-**

673 Sport-Vereine fördern.

674 **Europa und eine Welt**

675 **Grenzüberschreitende Beziehungen stärken**

676 Rheinland-Pfalz ist eng mit seinen Nachbarn Frankreich, Luxemburg und Belgien
677 verbunden.

678 Damit wir grenzüberschreitende Partnerschaften weiter intensivieren, wollen wir
679 das 4er Netzwerk mit unseren rheinland-pfälzischen Partnerregionen Burgund-
680 Franche-Comté, Oppeln und Mittelböhmen weiter stärken. Wir GRÜNE wollen den
681 grenzüberschreitenden Personennahverkehr weiter ausbauen und ÖPNV-Konzepte in
682 den Nachbarregionen miteinander abstimmen. Das Deutschlandticket soll auch in
683 den angrenzenden Regionen unserer Nachbarländer gelten. Auf Bundesebene drängen
684 wir auf ein Ende der Grenzkontrollen an den innereuropäischen Grenzen.

685 **Die EU weiterentwickeln**

686 Die EU-Strukturpolitik wollen wir sozial und ökologisch ausrichten und die EFRE
687 bzw. ELER-Mittel in Klimaschutz und eine klimafreundliche Wirtschaft
688 investieren. Wir setzen uns für eine offene, plurale und rechtsstaatliche EU
689 ein, in der Menschen Schutz und Sicherheit finden können. Dazu gehören
690 menscherechtlich sichere und legale Wege für Geflüchtete nach Europa, nach
691 Deutschland und zu uns nach Rheinland-Pfalz. Die Umsetzung des Green Deal
692 treiben wir voran. Die EU wollen wir perspektivisch zur Föderalen Europäischen
693 Republik weiterentwickeln.

694 **Europa in Rheinland-Pfalz**

695 Für EU-Bürger:innen wollen wir auch ein Wahlrecht bei den Landtagswahlen. Zur
696 Verbesserung der europäischen Ausrichtung der Verwaltung wollen wir
697 Austauschprogramme für Mitarbeitende der Landes- und Kommunalverwaltungen
698 einführen. Unsere Landesvertretung in Brüssel möchten wir auch personell
699 stärken. Die Beantragung und Akquise europäischer Mittel durch Hochschulen,
700 Unternehmen und Kommunen wollen wir durch eine Landesförderung unterstützen. Für
701 junge Menschen wollen wir jährlich Interrail-Tickets verlosen.

702 **Unsere Eine Welt**

703 In Deutschland und Rheinland-Pfalz tragen wir eine Verantwortung für die

704 Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen in anderen Ländern der Welt. Wenn es
705 den Menschen dort gut geht, wo sie leben, müssen sie nicht vor Krieg, Hunger
706 oder Klimaveränderung flüchten. Deshalb müssen wir die öffentliche Beschaffung
707 von Land und Kommunen nach sozialen und ökologischen Kriterien gestalten. Dafür
708 brauchen wir verbindliche Regeln zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und
709 eine Koordinierungsstelle des Landes. Das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk
710 Rheinland-Pfalz ist eine der aktivsten und am besten vernetzten
711 entwicklungspolitischen Plattformen mit Fokus auf Nachhaltigkeit in Deutschland.
712 Wir wollen seine Arbeit weiter unterstützen und ausbauen.

713 **Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda**

714 Unsere über 40-jährige Partnerschaft mit Ruanda wollen wir weiter ausbauen. Vor
715 dem Hintergrund der Menschenrechtsverletzungen und des Ostkongo-Konfliktes
716 müssen wir differenzieren zwischen den politischen Kontakten, die wir derzeit
717 vermeiden sollten, und der Graswurzelpartnerschaft, die wir weiter fördern
718 wollen. Insbesondere Demokratie und Rechtsstaat wollen wir fördern. Dazu gehört
719 auch unser Kontakt zur Demokratischen Grünen Partei Ruandas. In Gesprächen mit
720 unseren ruandischen Kontaktpartner*Innen wollen wir adressieren, die
721 militärischen und völkerrechtswidrigen Auseinandersetzungen mit dem Nachbarland
722 Kongo einzustellen und die Menschenrechte zu wahren. Auch gemeinsame Projekte im
723 Bereich Barrierefreiheit/Inklusion wollen wir anstoßen.

724 **Unterstützung der Ukraine**

725 Russland bedroht das demokratische und freiheitliche Europa. Wir GRÜNE
726 unterstützen die Ukraine und die mittel- und osteuropäischen Staaten und
727 schützen damit Europa als Ganzes.

728 Wir GRÜNE unterstützen die Ukraine sowie die mittel- und osteuropäischen Staaten
729 bei der Verteidigung gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg von Russland
730 und setzen uns für Friedensverhandlungen unter Beachtung des Völkerrechts ein.
731 Wir unterstützen jegliche Maßnahmen zur Sanktionierung Russlands und für den
732 Wiederaufbau der Ukraine. So schützen wir Europa als Ganzes.

733 Wir unterstützen die Kooperation des Landes Rheinland-Pfalz mit der Oblast
734 Winnyzja und wollen diese durch gemeinsamen Austausch auf politischer,
735 zivilgesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Ebene beleben. Ebenso
736 begrüßen wir kommunale Partnerschaften mit Kommunen in der Ukraine.

737 **Frieden**

738 Aktive Friedenspolitik ist maßgeblicher Antrieb für das politische Handeln für
739 uns GRÜNE. Wir setzen uns prioritär immer für zivile Strategien und Abrüstung
740 ein.

741 **Friedensakademie in Rheinland-Pfalz stärken**

742 Die Friedensakademie Rheinland-Pfalz arbeitet sehr erfolgreich in der
743 Friedenspädagogik, in der Vernetzung friedenspolitischer Aktivitäten und in der
744 internationalen Zusammenarbeit. Die aktuelle Weltlage stellt hohe Anforderungen
745 an die Friedens- und Konfliktforschung. Wir wollen daher die finanzielle und
746 personelle Ausstattung der Friedensakademie spürbar verbessern, damit ihre
747 Arbeit gesichert werden kann.

748 **Abrüstung in Rheinland-Pfalz**

749 Wir wollen keine Atomwaffen in Rheinland-Pfalz.

750
751 Hierzu befürworten wir einen konstruktiven Dialog über Abrüstung und die
752 schrittweise Reduzierung von Atomwaffenbeständen, insbesondere jener, die in
753 Rheinland-Pfalz stationiert sind.

754
755 Dabei unterstützen wir den deutschen Beobachterstatus beim
756 Atomwaffenverbotsvertrag.

757
758 Wir unterstützen neue Initiativen zur Rüstungskontrolle, um das Konzept
759 gemeinsamer Sicherheit in Europa wiederzuerlangen und langfristig durch
760 glaubwürdige, gegenseitige Schritte zu einem stabilen System zu führen.

761
762 Zudem fordern wir, dass von deutschem Boden aus keine völkerrechtswidrigen
763 Einsätze, etwa durch die Steuerung bewaffneter Drohnen, erfolgen. Funktionieren
764 wir dies in der angespannten Weltlage nur durch Vorleistung des Westens.
765 Gleichzeitig sehen wir die durch den russi-ischen Angriffskrieg veränderte
766 Sicherheitslage. Ein Frieden, der die europäische Zukunft der Ukraine sichert,
767 ist dafür unverzichtbar.

768 **Rheinland-Pfalz und seine internationalen Beziehungen**

769
770 Wir wollen die finanzielle Unterstützung der Friedensorganisation Givat Haviva,
771 die sich für die jüdisch-arabische Verständigung einsetzt, ausbauen. Diese Art
772 des kulturellen Dialogs soll auch bei uns in Rheinland-Pfalz in die pädagogische
Arbeit einfließen.

773 Rheinland-Pfalz ist eng mit den USA verbunden. Wir wollen in Zeiten schwieriger
774 transatlantischer Beziehungen den Austausch mit demokratischen Akteur:innen
775 aufrechterhalten und sehen in der Atlantischen Akademie hier eine wichtige
776 Partnerin.

777
778 Rheinland-Pfalz pflegt enge europäische Partnerschaften, besonders im
779 Partnerschaftsverband Rheinland-Pfalz/4er-Netzwerk. Sie stärken Frieden,
780 Zusammenhalt und Austausch in Europa. Wir wollen diese Kooperationen vertiefen,
781 die europäische Jugendarbeit ausbauen und Fördermittel – auch für kleine
782 Projekte – weiterhin unbürokratisch zugänglich machen.

783
784 Internationale Konflikte, wie u.a. der Israel-Palästinakonflikt dürfen nicht
785 militärisch und nicht zu Lasten der Zivilbevölkerung geführt werden.

786 **Zivile Strategien verfolgen – die Interessen der Bevölkerung
787 vertreten**

788 Militärischer Flug- und Bodenlärm stellt eine Belastung für die Menschen dar.
789 Wir wollen diesen u. a. durch die Polygone und TRA Lauter verursachten Fluglärm
790 reduzieren.

791 Ehemalige Militärfächen sollen den Menschen zurückgegeben werden: für
792 bezahlbares Wohnen, für den Ausbau Erneuerbarer Energien und für nachhaltige
793 Gewerbegebiete ohne weitere Flächenversiegelung, wie es bereits in Rheinland-
794 Pfalz erfolgreich an vielen Stellen umgesetzt worden ist.

795
796 Menschen, auch aus anderen Ländern, die sich Kriegen entziehen wollen, ist
797 Schutz zu gewähren, ein Fonds für einen Menschenrechtsdialog einzurichten.

798 Wir unterstützen Akteur:innen, die Friedensbildung an Schulen stärken wollen.
799 **Die Wiedereinführung einer allgemeinen Wehrpflicht lehnen wir deutlich ab.**